

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 93 (2018)
Heft: 5

Artikel: Export-Anfragen : 2017 stoppte Bund 220 Mio.
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-816777>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Export-Anfragen: 2017 stoppte Bund 220 Mio.

Wie in der Sonntagszeitung vom 8. April 2018 zu lesen ist, lehnte der Bund im 2017 zum Rüstungsexport 48 Voranfragen für 220 Millionen Franken ab. Das Blatt brachte die Liste der 48 abgelehnten Gesuche. Zuständig ist das Seco, das im Kontakt mit dem Aussenministerium EDA entscheidet.

Die Liste reicht von Bolivien (Treibladungspulver) und China (Pistolen) bis Vereinigte Arabische Emirate (Grosskalibermunition) und Zypern (Nachtsichtgeräte).

GSoA will Rüstung schwächen

Seit die GSoA versucht, der Schweizer Rüstungsindustrie Prügel zwischen die Beine zu werfen, sind Exporte von Kriegsgüter hoch politisch. Die Armeeabschaffer setzen immer wieder dazu an, der Landesverteidigung zu schaden, indem sie die Rüstungsbranche schwächen. Das Schweizervolk lehnte bisher alle diesbezüglichen GSoA-Vorstösse wuchtig ab.

Es gelten die Tatsachen:

- Obwohl die Schweizer Industrie nicht alles selber herstellen kann, bleibt die Armee auf eine Rüstungsbasis im eigenen Land angewiesen.
- Der Heimmarkt ist zu klein.
- Die Rüstungsindustrie sichert in der Schweiz viele qualifizierte Arbeitsplätze und gute Lehrstellen.

Zypern? Jordanien?

Kritisch zu beurteilen ist die Bestimmung, wonach Exporte in Länder verboten sind, die «in einen internen oder internationalen bewaffneten Konflikt verwickelt sind.» Namentlich das Interne lässt sich vom EDA gummiartig gegen die Firmen anwenden.

Auf einen Blick

- Die Rüstungsbranche befindet sich in permanentem Kampf mit dem EDA, dass 2017 allein per Voranfrage für 220 Mio. Exporte stoppte.
- Auf der Verbotsliste wirken Staaten, gelinde gesagt, teils seltsam.
- Die Schweiz braucht eine eigene Rüstungsbasis, deren Heimmarkt jedoch so klein ist, dass sie auf den Export angewiesen bleibt.

Gesuche freigeben

Wie die NZZ am 5. April 2018 meldet, muss das Seco einem Journalisten mitteilen, welche Schweizer Rüstungsfirmen 2014 ein Ausfuhrgesuch stellten.

Der entsprechende Entscheid des Bundesverwaltungsgerichts löst in der Branche Stirnrunzeln, ja Befremden aus. Bisher verliessen sich Firmen auf die Vertraulichkeit ihrer Anfragen – auch mit Blick auf die ausländische Konkurrenz. Diese werde sich ins Fäustchen lachen, wenn sie von Gesuchen in der Presse lesen könne.

- Zypern? Die ganze Welt braucht die Lage auf der Insel als Beispiel für einen klassischen «eingefrorenen Konflikt». Und wen soll Zypern angreifen?
- Jordanien? Abdallah II., der tüchtige Sohn Husseins, regiert mit sicherer Hand. Das Haschemitenreich hält seit 1994 Frieden mit Israel. und nimmt zahllose Flüchtlinge aus Syrien auf.
- Und so weiter und so fort.

Anfrage, nicht Auftrag

Ein Wort zu den Voranfragen:

- In Rüstungsfirmen werden diese grundsätzlich als nützliches Instrument bezeichnet: Sie können den Exporteuren unnötige Kosten sparen.
- Anhand des erwähnten Zeitungsberichtes könnte man glauben, das Seco habe für 220 Mio. Aufträge abgelehnt. Exakt um solche geht es nicht. So war die im Blatt erwähnte Anfrage aus Ankara unsicher, weil die Türkei eigene Panzer herstellt. red. 



Bild: Mowag

Um den Eagle für den Grenzschutz ging es mit der Türkei. Freilich hatte die Herstellerfirma an das Seco nur eine erste Anfrage gerichtet. Auch weil die Türkei ihre eigenen Panzerfahrzeuge baut, handelte sich um eine reine Voranfrage.